

# Offener Brief an Bürgermeister, Waldbesitzer, Planungsverbände und Windkraftbetreiber

März 2026

## AN

Alle Bürgermeister, Gemeinderäte, Waldbesitzer, Planungsverbände und Betreiberfirmen, die Windkraftanlagen in deutschen Wäldern planen, befürworten oder dulden.

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns heute an Sie – nicht mit einer Petition, nicht mit einer Unterschriftenliste, nicht mit dem üblichen Schreiben, das man liest, abheftet und vergisst. Wir wenden uns an Sie mit einer Frage, die wir Ihnen direkt, persönlich und ohne diplomatische Umschreibung stellen möchten: Was genau rechtfertigt es, unsere Wälder für Windräder zu opfern, deren wirtschaftliche Grundlage längst weggefallen ist?

Wir sind Bürgerinnen und Bürger. Wir wohnen in den Gemeinden, in denen Sie Entscheidungen treffen. Wir bezahlen mit unseren Steuern die Fördergelder, mit denen Windparkbetreiber über Jahrzehnte alimentiert wurden. Und wir gehen in die Wälder, die Sie gerade dabei sind, unwiederbringlich zu zerstören. Wir kennen diese Wälder. Wir ken-

nen die Bäume, die Wege, das Licht zwischen den Stämmen am frühen Morgen. Und wir werden nicht schweigen, während man uns erzählt, das alles sei ein notwendiges Opfer für die Energiewende.

## **An die Bürgermeister und Gemeinderäte**

---

Sie wurden gewählt, um Ihre Gemeinde zu vertreten. Nicht die Interessen von Projektentwicklern, die mit fertig gezeichneten Plänen in Ihre Büros kommen. Nicht die Interessen von Fonds, die Rendite suchen und dafür Windräder in Schwachwindgebiete stellen wollen, in denen sie sich nach allen aktuellen Marktdaten schlicht nicht rechnen.

Wir wissen, dass Sie unter Druck stehen. Wir wissen, dass Flächenziele von oben vorgegeben werden, dass Bundesgesetze Genehmigungsverfahren beschleunigen sollen, dass Ihnen mancherorts gesagt wird, Sie hätten gar keine Wahl. Doch Sie haben eine Wahl. Sie haben die Pflicht, genau hinzuschauen. Sie haben die Pflicht, Zahlen zu prüfen – und nicht einfach zu unterschreiben, was man Ihnen vorlegt.

*Haben Sie die aktuellen Ausschreibungsergebnisse der Bundesnetzagentur gesehen? Wissen Sie, dass der anzulegende Wert für Windstrom von 11,39 Cent auf 9,39 Cent pro Kilowattstunde gefallen ist – ein Einbruch von 18 Prozent? Wissen Sie, dass im vergangenen Jahr 652 Stunden Negativstrompreise registriert wurden, in denen Windkraftbetreiber keine EEG-Förderung mehr erhalten? Wissen Sie, was das für die Rentabilität der Projekte bedeutet, die man Ihnen gerade zur Genehmigung vorlegt?*

Falls Sie das nicht wissen: Das ist ein Problem. Denn es bedeutet, dass die Kalkulationen, die Ihnen Projektentwickler präsentieren, auf Annahmen beruhen, die der Markt längst widerlegt hat. Wenn der Betreiber in die Insolvenz geht, bleibt der Betonsockel im Waldboden. Der

Rückbau bleibt am Ende an der Gemeinde hängen. An Ihnen. An uns. Fordern Sie unabhängige Gutachten. Fragen Sie, was passiert, wenn der Betreiber in zehn Jahren nicht mehr existiert. Wenn Sie keine zufriedenstellende Antwort bekommen, dann ist das Ihre Antwort.

## **An die Waldbesitzer**

---

Wir verstehen Sie. Wirklich. Wer einen Wald besitzt, kennt auch die Last, die damit verbunden ist. Pflegekosten, Borkenkäfer, Sturmschäden, sinkende Holzpreise. Und dann kommt jemand und bietet Ihnen eine Pacht, die verlässlicher klingt als alles, was der Forst in den letzten Jahren eingebracht hat. Das ist verlockend. Das wäre es für jeden.

Aber wir bitten Sie: Lesen Sie den Vertrag. Den ganzen Vertrag. Lassen Sie ihn von einem unabhängigen Anwalt prüfen, der keinerlei Verbindung zur Windkraftbranche hat. Schauen Sie genau hin, was in den Klauseln zur Rückbauverpflichtung steht – und wer am Ende haftet, wenn das Geld dafür nicht da ist. Das Risiko, das Sie eingehen, ist real. Der Windparkentwickler Abo Energy – seit 1996 am Markt, einer der etabliertesten der Branche – hat im vergangenen Jahr erstmals in seiner Geschichte einen Jahresverlust eingefahren: 170 Millionen Euro. Was das für kleinere Betreiber bedeutet, muss man nicht lange erklären.

Ihr Wald ist mehr wert als eine Pacht, die in einem insolventen Windparkprojekt endet. Ihr Wald ist das Kapital Ihrer Familie, vielleicht über Generationen. Er wächst langsam. Was man in ihm baut, zerstört ihn schnell. Und was zerstört ist, kommt nicht zurück – nicht in Ihrer Lebenszeit, nicht in der Ihrer Kinder.

## **An die Planungsverbände und Regionalplaner**

---

Sie haben eine technische, eine planerische Aufgabe. Wir respektieren das. Aber Planung bedeutet, die Realität zu

berücksichtigen – und die Realität hat sich verändert. Schwachwindgebiete in Bayern und Baden-Württemberg liefern nicht die Erträge, die in den Planungsunterlagen stehen. Das ist keine politische Meinung. Das sind Physik und Finanzmathematik. Eine Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde reicht schlicht nicht aus, um ein wirtschaftlich tragfähiges Windkraftprojekt zu betreiben.

*Wir fragen Sie: Welchen Sinn hat es, Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen, die sich nach allen verfügbaren Daten nicht rechnen werden – und dafür Waldflächen zu opfern, die ökologisch, klimatisch und gesellschaftlich von unschätzbarem Wert sind?*

Ein Wald bindet CO<sub>2</sub>, kühlt seine Umgebung, filtert das Grundwasser, schützt vor Erosion und bietet Lebensraum für hunderte Tier- und Pflanzenarten. Ein Windrad in einem Schwachwindgebiet produziert in einem Drittel der Zeit gar keinen Strom – und rechtfertigt dafür den dauerhaften Verlust dieser Ökosystemleistungen. Das ist keine seriöse Abwägung. Das ist Symbolpolitik auf Kosten der Natur.

## **An die Projektentwickler und Betreiberfirmen**

---

Mit Ihnen wollen wir besonders direkt sprechen. Denn bei Ihnen beginnt und endet die Kette, um die es hier geht. Sie präsentieren Bürgermeistern Hochglanzfolien mit Versorgungszahlen, die jeder Ingenieur als irreführend bezeichnen würde. Sie beauftragen Windgutachten bei Büros, die erfahrungsgemäß eher im oberen Bereich der Wahrscheinlichkeitsspanne rechnen. Sie legen Investoren Verkaufsprospekte vor, in denen auf Seite 16 in kleiner Schrift steht, dass ein Totalverlust bis hin zur Privatinsolvenz möglich ist – und auf Seite 2 steht die schöne Grafik mit den stabilen Erträgen.

*Wir fordern Sie auf: Rechnen Sie ehrlich. Stellen Sie*

*vollständige, ungeschönte  
Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Verfügung – nicht  
nur für Ihre Investoren, sondern auch für die Gemeinden  
und Grundstückseigentümer, mit deren Ressourcen Sie Ihre  
Projekte umsetzen. Wenn Sie das nicht tun, tun wir es.  
Wir werden die Zahlen öffentlich machen.*

Sie gehen in die Wälder – unsere Wälder – und fällen Bäume, die älter sind als Ihr Unternehmen. Sie gießen Betonfundamente, die tiefer reichen als jede Rückbaurücklage, die Sie angelegt haben. Wenn das Projekt scheitert, sind Sie weg. Das Fundament bleibt. Der zerstörte Wald bleibt. Die Gemeinde bleibt. Und wir bleiben.

## **Was wir fordern**

---

Wir sind keine Fortschrittsfeinde. Wir wissen, dass die Energieversorgung sich verändern muss. Aber ein Kompromiss bedeutet, dass beide Seiten etwas geben – nicht, dass Natur, Steuerzahler und Gemeinwohl geben, während Projektentwickler nehmen.

Wir fordern transparente und vollständige Wirtschaftlichkeitsberechnungen für jedes geplante Windkraftprojekt, geprüft durch unabhängige Stellen ohne Verbindung zur Windkraftbranche. Wir fordern verbindliche, ausreichend finanzierte Rückbaubürgschaften, die nicht vom wirtschaftlichen Fortbestand des Betreibers abhängen. Wir fordern ein vollständiges Moratorium für Windkraftanlagen in bewirtschafteten und natürlichen Wäldern, solange keine belastbaren Alternativstandorte auf bereits versiegelten Flächen erschlossen wurden. Und wir fordern echte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung – nicht die Scheinbeteiligung einer Infoveranstaltung, auf der alles längst entschieden ist.

## Eine letzte Bitte

---

Wir schreiben diesen Brief nicht aus Wut, auch wenn die Wut da ist. Wir schreiben ihn aus Verantwortung. Wir bitten Sie: Gehen Sie in diesen Wald, bevor Sie unterschreiben. Nicht mit dem Gutachter, nicht mit dem Projektierer. Allein. Hören Sie, wie es dort klingt. Und fragen Sie sich dann, ob das, was Sie planen, wirklich unausweichlich ist.

Wir wissen: Die Zahlen stimmen nicht. Die Entscheidung ist nicht unausweichlich. Und der Wald ist es wert, ihn zu retten.

---

---

Mit freundlichen, aber unmissverständlichen Grüßen,

OFFENER BRIEF

**Bürgerinitiative Pro Natur – Gegen Windräder im Wald**

*Für den Schutz unserer Wälder und eine ehrliche Energiepolitik · März 2025*

---

*Dieser offene Brief darf geteilt, zitiert und weitergeleitet werden.*

---

**Das Ende der  
Goldgräberstimmung – und**

# warum unsere Wälder dennoch in Gefahr sind



*Windräder rentieren sich kaum noch für ihre Betreiber. Neue gesetzliche Regelungen, sinkende Einspeisevergütungen und hunderte Stunden Negativpreise im Jahr zerstören die Kalkulation vieler Projekte. Eine gute Nachricht für Steuerzahler und Natur – aber kein Grund zur Entwarnung.*

Es gibt Momente, in denen die Realität die Propaganda einholt. Nach Jahren, in denen Windkraftprojekte mit Versprechen über saubere Energie, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Prosperität beworben wurden, beginnt sich das Bild zu verschieben – still, fast unbemerkt, aber mit wachsender Deutlichkeit. Die sogenannte Goldgräberstimmung in der Windkraftbranche ist vorbei. Was bleibt, ist eine nüchterne Abrechnung: mit falschen Versprechen, fragwürdigen Investitionsmodellen und einem politischen System, das den Bürger – als Steuerzahler und als Waldbewohner – jahrelang für diese Rechnung hat bezahlen lassen.

Wer die Zahlen kennt, der weiß schon länger, worum es bei Windrädern tatsächlich geht. Nicht ums Klima. Nicht um Strom. Sondern ums Geld. Das sagen nicht wir – das sagen die Finanzfachleute aus der Branche selbst. Und genau deshalb ist die aktuelle Entwicklung so aufschlussreich: Wenn selbst die Investoren die Reißleine ziehen, dann muss man die Bürgerinnen und Bürger fragen, wer in all diesen Jahren eigentlich die Zeche bezahlt hat.

## **Das Märchen vom Windrad, das 15.000 Menschen versorgt**

Auf Informationsveranstaltungen, in Gemeinderatssitzungen, in Hochglanzbroschüren von Projektentwicklern begegnet uns immer wieder dieselbe Behauptung: Ein modernes Windrad versorge rund 15.000 Haushalte mit Strom. Ein imposantes Versprechen. Und ein grundlegend irreführendes.

Denn Windräder drehen sich nur dann, wenn Wind weht. Das klingt banal – ist es aber nicht, wenn man die Konsequenzen ernstnimmt. In rund einem Drittel aller Stunden im Jahr steht ein durchschnittliches Windrad still. Kein Wind, kein Strom. Wer in einem solchen Moment auf eine stabile Versorgung angewiesen ist – und das ist jeder Haushalt, jedes Krankenhaus, jede Fabrik – der bekommt von diesem Windrad schlicht gar nichts.

*Ein Windrad versorgt keine 15.000 Menschen. Es ist die absolute Katastrophe für das Stromnetz – weil es nicht den Strom liefert, den wir brauchen, sondern den, den der Wind gerade hergibt.*

Die Grundregel des Stromnetzes ist eisern: Erzeugung und Verbrauch müssen zu jedem Zeitpunkt exakt übereinstimmen. Nicht annähernd – exakt. Weicht die Frequenz zu stark ab, schalten sich Netze aus Sicherheitsgründen automatisch ab. Die

Konsequenz einer rein windbasierten Versorgung wäre im besten Fall ein instabiles Netz mit häufigen Unterbrechungen, im schlimmsten Fall das, was bei den Pfalzwerken Realität wurde: unkontrollierte Spannungsspitzen, die Haushaltsgeräte zerstören. Das ist kein theoretisches Risiko. Das ist gelebte Praxis.

Dennoch wird das Märchen von der Windkraft als verlässliche Energiequelle weitererzählt. In Bürgerversammlungen. In Förderanträgen. In der Tagespresse. Und unsere Wälder sollen dafür erhalten.

## **Das Gesetz, das die Rechnung änderte – und lange überfällig war**

Seit dem 1. April letzten Jahres gilt eine neue Regelung, die lange überfällig war: Wenn der Börsenstrompreis negativ ist – wenn also so viel Strom im Netz ist, dass man für die Abnahme sogar bezahlt werden muss – entfällt für Windkraftbetreiber in diesem Zeitraum die staatliche EEG-Förderung vollständig. Der anzulegende Wert sinkt auf null.

Klingt technisch. Hat aber massive finanzielle Auswirkungen. Denn die Zahl der Stunden mit Negativpreisen explodiert geradezu: 325 Stunden im Jahr 2023, 520 Stunden im Jahr 2024, 652 Stunden im vergangenen Jahr. Eine Entwicklung, die sich mit dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien fortsetzen und sogar verschärfen dürfte.

<b>Jahr</b>	<b>Stunden mit Negativpreisen</b>
2023	325 Stunden
2024	520 Stunden
2025	652 Stunden
Ertragsverlust Windkraft	– 7,64 %
Eingesparte EEG-Förderung	688 Millionen Euro

Hätte diese Regelung bereits im vergangenen Jahr vollständig gegolten, hätten die Steuerzahler allein bei Windkraft-Onshore rund 688 Millionen Euro weniger Fördergelder zahlen müssen. Das ist begrüßenswert – und zeigt zugleich, wie viele Jahre lang Geld aus dem EEG-Konto in Taschen geflossen ist, die es nicht gebraucht haben. Wind hat uns als Gemeinschaft zuletzt 3 Milliarden Euro netto gekostet. Solar sogar fast 10 Milliarden. Und das in einem einzigen Jahr.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Der Steuerzahler hat jahrelang für Strom gezahlt, den er oft nicht brauchte – und in manchen Stunden sogar dafür, ihn loszuwerden. Alles im Namen der Energiewende. Alles zulasten unserer Wälder.

## **Der Wettbewerb, der keine Gewinner mehr kennt**

Zu den veränderten Förderbedingungen kommt ein zweiter, struktureller Einbruch: die Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur. Bei der Auktion vom 1. November vergangenen Jahres wurden 3.450 Megawatt ausgeschrieben. Beworben haben sich Projekte mit zusammen über 8.000 Megawatt. Das Verhältnis: mehr als doppelt so viel Angebot wie Nachfrage.

In einem solchen Wettbewerb gewinnt nicht das beste Projekt – sondern das billigste. Wer früher mit 7,35 Cent pro Kilowattstunde kalkuliert hatte, bekam keinen Zuschlag mehr. Nur wer auf 6 Cent oder weniger heruntergegangen war, hatte noch eine Chance. Der durchschnittliche anzulegende Wert fiel von 11,39 Cent auf 9,39 Cent – ein Rückgang von 18 Prozent. Diese 18 Prozent weniger Einnahmen kommen zusätzlich zu den 7,64 Prozent Verlust durch die Negativstunden. Wer jetzt noch rechnet, merkt schnell: Die Projekte, die derzeit in unseren Gemeinden beworben werden, wurden auf Grundlage von Zahlen kalkuliert, die so nicht mehr gelten.

Gemeinden, die einen Bürgermeister haben, der diesen Projekten vertraut, sollten sehr genau nachfragen, mit welchen Annahmen heute noch gerechnet wird.

## **Ein konkretes Windrad, eine ehrliche Rechnung**

Abstrakte Zahlen überzeugen oft weniger als ein konkretes Beispiel. Nehmen wir einen realen Fall: den Bürgerwindpark Rietholz, gelegen zwischen Bad Aibling und München. Ein Windrad, Gesamtkosten von 9,5 Millionen Euro, davon 2,1 Millionen Eigenkapital und 7,3 Millionen Bankdarlehen. Nach der ursprünglichen Kalkulation – mit einer Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde, einem bereits sportlichen Ansatz für eine Schwachwindregion – ergab sich eine Rendite von rund 4,16 Prozent über 20 Jahre.

Nach den neuen Regelungen sieht die Rechnung anders aus. Statt einer Million Euro Umsatz im ersten vollen Betriebsjahr bleiben noch 743.000 Euro – bei gleichbleibenden Betriebs-, Zins- und Tilgungskosten. Über 20 Jahre summiert sich das auf ein Minus von knapp 500.000 Euro. Wer 2,1 Millionen investiert und am Ende einen Verlust von fast einer halben Million hält, hat nicht investiert – der hat sein Geld verbrannt.

*Du investierst 2,15 Millionen Euro und bekommst am Ende 234.000 Euro zurück. Nicht als Rendite – als Gesamtrückfluss. Das ist kein Investment. Das ist Kapitalvernichtung.*

Noch brisanter ist, was in bestimmten Jahren passiert: Wenn die Tilgungsraten so liegen, dass im gleichen Jahr kein Gewinn erwirtschaftet werden kann, kommt die Bank. Und wenn die Bank kommt und keine Liquidität da ist, folgt die Zwangsversteigerung. Der Grundstückseigentümer – oft ein Bauer, der glaubte, mit dem Windrad ein sicheres Zusatzeinkommen zu haben – sitzt am Ende auf einem maroden

Betonsockel, für dessen Rückbau kaum Rücklagen gebildet wurden. Denn die Rückbaurücklage wächst langsam: Im siebten Betriebsjahr wären es vielleicht 15.000 Euro. Ein Rückbau kostet ein Vielfaches davon.

## **Wenn Konzerne Verluste machen – und trotzdem weiterplanen**

Man könnte meinen, die Branche ziehe Lehren. Der große Windparkentwickler Abo Energy liefert das Gegenteil: Das Unternehmen – seit 1996 am Markt und bis dato ohne Jahresverlust – hat erstmals rote Zahlen geschrieben. 170 Millionen Euro Verlust. Die Ursache: überzeichnete Ausschreibungsrunden, gesunkene Vergütungssätze, notwendige Abschreibungen auf laufende Projekte. Das Unternehmen selbst rechnet damit, dass die Einspeisevergütung dauerhaft auf niedrigem Niveau verharret oder sogar weiter sinkt.

Und trotzdem werden neue Projekte geplant. Trotzdem werden Bürgerversammlungen abgehalten. Trotzdem werden Wälder vermessen, Gutachten erstellt, Bürgermeister überzeugt. Denn auch bei sinkenden Margen lässt sich Geld verdienen – solange genug davon aus dem öffentlichen EEG-Topf fließt und solange Grundstückseigentümer günstige Pachtverträge unterschreiben. Die Frage, die sich jede Gemeinde stellen muss: Wessen Interessen werden hier eigentlich vertreten?

## **Der dritte Schlag – Netzentgelte kommen**

Als wäre das nicht genug, kündigt sich eine dritte Belastung an. Die Bundesnetzagentur schlägt vor, dass Solar- und Windkraftanlagen künftig Netzentgelte zahlen sollen – also jene Gebühren, die bisher nur Verbraucher und konventionelle Erzeuger entrichten mussten. Bislang nutzten die Betreiber die Leitungsinfrastruktur kostenlos, während alle anderen für sie

mitbezahlten.

Wie hoch diese Entgelte sein werden, ist noch offen. Aber allein die Ankündigung ist ein Signal: Der politische Rückenwind für die Windkraft dreht sich. Auch bestehende Anlagen könnten betroffen sein – ein Faktor, der in keiner der alten Investitionskalkulationen berücksichtigt wurde. Wer jetzt noch ein Windrad in einem Schwachwindgebiet plant – und Teile Bayerns und Baden-Württembergs zählen zweifellos dazu – der hat entweder die Zahlen nicht gelesen oder er rechnet damit, dass andere für seine Fehler aufkommen. Das ist keine Energiepolitik. Das ist Systemausnutzung.

## **Was das für unsere Wälder bedeutet**

Man könnte diese Entwicklung als reine Finanzgeschichte abtun. Aber für uns als Bürgerinitiative ist sie mehr als das. Sie zeigt, dass die Argumente, mit denen Windräder in unsere Wälder geplant werden, auf wackligem Fundament stehen – wirtschaftlich wie ökologisch.

Ein Windrad, das sich nicht rechnet, wird gebaut werden, solange der Fördertopf groß genug ist. Ein Windrad, das sich doch rechnet, wird gebaut werden auf Kosten unserer alten Bäume, unseres Grundwassers, unserer Landschaft und unserer Lebensqualität. Beides ist inakzeptabel. Denn was einmal im Wald zerstört ist, wächst in keiner Amtszeit nach.

Die gute Nachricht, die die aktuelle Marktentwicklung bringt, ist real: Viele Projekte werden sich nicht mehr realisieren lassen. Investoren werden abspringen. Geplante Standorte im Wald werden vorerst von der Liste verschwinden. Das ist eine Atempause – kein Sieg.

Denn solange die politischen Rahmenbedingungen nicht grundlegend korrigiert werden, solange Flächenziele gesetzlich verankert bleiben und Genehmigungsprozesse vereinfacht werden sollen, bleibt der Druck auf unsere Wälder hoch. Und mit dem

nächsten politischen Paradigmenwechsel, dem nächsten Subventionspaket, kommt auch die nächste Welle an Projektentwicklern, die nach renditeträchtigen Standorten suchen.

Wir werden weiter da sein. Laut, sachlich, hartnäckig. Für unsere Wälder. Für eine Energiepolitik, die ehrlich ist.

.  
. .  
.

Quellen: [www.youtube.com/watch?v=n\\_5qEq1sN8k](http://www.youtube.com/watch?v=n_5qEq1sN8k)

---

**Ein Etappensieg mit Nachgeschmack: Laberweinting darf sich nicht mit „Papier-Wahrheiten“ abspeisen lassen**



In der jüngsten Gemeinderatssitzung ist endlich etwas passiert, das viele Bürger seit Monaten einfordern: Der Gemeinderat hat das gemeindliche Einvernehmen für den Windpark der Firma Primus vorerst verweigert. Einstimmig – sogar mit dem Bürgermeister. Das ist ein starkes Signal. Und ja: In Franken-Neuhofen war die Erleichterung spürbar.

## **Aber wer jetzt schon feiert, feiert zu früh.**

Denn die eigentliche Entscheidung ist nicht vertagt – sie ist nur verschoben. Und die entscheidende Frage lautet weiterhin: Auf welche Fakten stützt sich Laberweinting – und wer liefert diese „Fakten“? Wenn am Ende Gutachten, Visualisierungen und Bewertungen ausgerechnet von denen kommen, die an den Anlagen verdienen, dann ist das kein „geordneter Prozess“, sondern ein Risiko für die Gemeinde – politisch, rechtlich und vor allem menschlich.

## **Einigkeit im Rat – und trotzdem: Jetzt beginnt die kritische Phase**

Dass der gesamte Gemeinderat die Notbremse gezogen hat, ist selten und bemerkenswert. Man will das Gutachten zur „Umzingelung“/„Umrahmung“ Franken-Neuhofens abwarten. Das ist

vernünftig. Es zeigt: Der Druck aus der Bürgerschaft wirkt. Und es zeigt auch: Akzeptanz entsteht nicht, indem man Menschen mit fertigen Plänen konfrontiert und ihnen danach erklärt, warum sie das bitte gut finden sollen.

Windräder sind keine Heckenpflanzen. Das sind Industrieanlagen. Wer sie in unmittelbare Nähe zu Ortschaften setzt, entscheidet nicht nur über „Energie“, sondern über Sichtachsen, Landschaftsbild, Alltag, Schlaf, Immobilienwerte, Lebensgefühl – kurz: über Heimat.

Und Heimat lässt sich nicht „kompensieren“.

## **Das Problem mit der bestellten Wahrheit**

Der faule Kern bleibt: Das Gutachten, das nun klären soll, ob Franken-Neuhofen optisch und räumlich erdrückt wird, wurde von der Firma Hermann beauftragt – also von einem Akteur aus dem Projektumfeld. Das muss man nicht „unterstellen“, um skeptisch zu sein. Das ist schlicht ein klassischer Interessenkonflikt in der Wahrnehmung:

Wer bezahlt, bestimmt zwar nicht automatisch das Ergebnis – aber er bestimmt Rahmen, Fragestellung, Methodik und Auswahl. Und genau dort wird Realität oft nicht gefälscht, sondern zurechtgebogen.

Wir sagen deshalb klar:

Ein Gutachten ist kein Orakel. Es ist ein Werkzeug. Und Werkzeuge können so eingesetzt werden, dass sie schneiden – oder kaschieren.

Gerade beim Thema „Umzingelung“ ist das entscheidend. Denn „Umzingelung“ ist nicht nur eine Zahl und nicht nur ein Winkel. Sie ist:

- die tägliche Blickbeziehung aus dem Ort heraus,
- die Dominanz am Horizont,
- das Gefühl, von Anlagen „umzingelt“ zu sein, egal wohin man sich dreht,
- die Frage, ob man noch Landschaft hat – oder eine Kulisse aus Rotoren.

Wer glaubt, man könne dieses Erleben mit ein paar Rechenparametern wegdefinieren, hat entweder noch nie dort gestanden – oder will nicht hinhören.

## **Wort halten oder Verantwortung übernehmen?**

Wir wissen: Unser Bürgermeister legt Wert auf Zusagen und Verlässlichkeit. Das ist grundsätzlich ehrenwert. Aber in der Politik gibt es eine Grenze zwischen Verlässlichkeit und Starrsinn. „Ich habe dem Bauträger mein Wort gegeben“ darf niemals zur Ausrede werden, wenn neue Informationen, neue Betroffenheiten oder neue Dimensionen sichtbar werden. Denn ein Bürgermeister hat vor allem gegenüber den Menschen, die hier wohnen. Gegenüber Familien, älteren Bürgern, Grundstückseigentümern, Vereinen – gegenüber denen, die diese Gemeinde tragen, finanzieren und gestalten eine große Verantwortung. Die Bewohner haben ihn als Vertreter gewählt und diesem Amt muss er nachkommen. Seit den ersten Zusagen hat sich die Debatte verschoben. Betroffenheit ist konkreter geworden. Fragen sind konkreter geworden. Und die Unsicherheit ist größer geworden.

Ein guter Politiker erkennt:

Größe zeigt sich nicht darin, niemals zu korrigieren. Größe zeigt sich darin, rechtzeitig zu korrigieren.

## **Energiewende ja – Freifahrtschein nein**

Wir sagen es deutlich, damit es nicht wieder verdreht wird:

Wir sind nicht „gegen Fortschritt“. Wir sind gegen einen Stil der Planung, der die Lebensrealität vor Ort kleinredet und Widerstand als Störung behandelt. Die Energiewende ist ein Ziel. Aber sie ist kein Blankoscheck dafür, Ortschaften optisch zu dominieren, und Sorgen abzutun, und Entscheidungen auf Gutachten zu stützen, deren Unabhängigkeit schon im Ansatz angreifbar wirkt.

Wer echte Akzeptanz will, muss sich Kritik stellen – nicht aussitzen.

## **Unser Forderung an den Gemeinderat Laberweinting: Unabhängigkeit statt Gefälligkeit**

### 1) Kritische Distanz – nicht nur formale Prüfung

Lesen Sie das Gutachten nicht wie eine Pflichtübung, sondern wie eine Risikoanalyse. Fragen Sie:

- Welche Annahmen wurden gewählt – und welche Alternativen wurden weggelassen?
- Welche Sichtpunkte wurden definiert – und warum genau diese?
- Gibt es Visualisierungen, die den realen Eindruck für Bürger nachvollziehbar zeigen (bei unterschiedlichen Wetterlagen, Jahreszeiten, Blickrichtungen)?
- Wie werden kumulative Effekte bewertet (mehrere Anlagen, mehrere Betreiber, Gesamtsituation statt Einzelfall)?
- Wie wird der Werteverlust von Immobilien im Einwirkungsbereich geprüft und belegt (Vergleichsfälle, Marktanalysen, Distanzzonen, Transparenz der Datengrundlage) – und wer trägt das Risiko bzw. welche Ausgleichs-/Entschädigungsmechanismen sind vorgesehen?

Und vor allem: Wenn Zweifel bleiben, beauftragen Sie zusätzlich eine wirklich unabhängige Begutachtung. Eine Zweitmeinung ist in der Medizin Standard – warum nicht, wenn

es um den Lebensraum einer ganzen Ortschaft geht?

## 2) Bürgerwohl vor Rendite

Die Maßstäbe müssen klar sein:

Wenn die Bewertung am Ende lautet „wirtschaftlich sinnvoll“, aber die Bewohner zahlen mit Lebensqualität – dann ist das kein Gewinn, sondern eine Verlagerung von Kosten auf die Schwächeren. Die Interessen der Anwohner in Franken-Neuhofen müssen mehr Gewicht haben als die Renditeerwartung von Investoren.

## 3) Mut zur Neubewertung – auch wenn es unbequem ist

Wenn sich zeigt, dass Franken-Neuhofen real „umzingelt“ wird, dann darf es nicht heißen: „Schade, aber jetzt ist es halt so.“ Dann muss es heißen:

- Standorte prüfen,
- Abstände neu bewerten,
- Gesamtplanung anpassen,
- notfalls auch: ein klares Nein.

Politik ist nicht dazu da, Projekte „durchzuziehen“. Politik ist dazu da, Schaden abzuwenden.

## **Wir bleiben dran – und wir werden genauer hinschauen**

Dieser Aufschub ist ein Etappensieg. Mehr nicht. Die nächsten Wochen sind entscheidend: Nicht die Lautstärke, sondern die Sorgfalt entscheidet jetzt darüber, ob Laberweinting später erklären muss, warum man Warnsignale ignoriert hat.

Wir als Bürgerinitiative werden den Prozess weiterhin intensiv begleiten – mit offenen Augen, klaren Fragen und der Erwartung, dass die Gemeinde endlich nicht nur verwaltet,

sondern schützt.

Bleiben Sie wachsam.

Wir sind es auch.

---

# Horst Herman: Profit über alles – Natur und Menschen bleiben auf der Strecke



⚠ Profil nicht beansprucht

## V-Markt

Bewertungen 63 · ★★☆☆☆ 1,7 ⓘ

 Bewertung abgeben

Zur Website 



Unternehmen auf Trustpilot können keine Belohnungen anbieten oder Geld bezahlen, um verbergen.

Horst Herman, Unternehmer und Betreiber der umstrittenen V-Märkte, sorgt in Geiselhöring für massiven Unmut. Der Mann, dessen Einzelhandelsketten laut Kundenbewertungen seit Jahren in der Kritik stehen, plant, neun Windkraftanlagen mitten in einem ökologisch wertvollen Wald zu errichten. Während Herman selbst fernab in Mauerstetten lebt, sollen die Menschen vor Ort mit den Auswirkungen seines Großprojekts leben.

**Er war bislang nicht ein einziges Mal bei den Anwohnern vor Ort – keine Bürgerversammlung, kein Dialog, kein Interesse am Austausch.** Was sich hier abzeichnet, empfinden viele als klassischen Fall von Gewinnstreben ohne Rücksicht auf Natur, Anwohner oder demokratische Mitbestimmung.

## **Windräder im Schwachwindgebiet – Subventionen statt Strom**

**Die geplanten Anlagen sollen ausgerechnet in einem ausgewiesenen Schwachwindgebiet entstehen – wirtschaftlich grenzwertig, ökologisch fragwürdig.** Doch für Investoren wie Herman kann sich das lohnen: Über das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) erhalten Windkraftbetreiber **höhere Einspeisevergütungen** in Regionen mit wenig Wind – als sogenannte „Ausgleichsentlastung“.

**So entsteht der Eindruck, dass hier weniger Windenergie erzeugt als vielmehr Windkraft zur Geschäftsoptimierung genutzt wird.** Bei einem angenommenen Ertrag von unter 60 Prozent des bayrischen Durchschnitts und etwa 20 Jahren Betriebszeit können dabei **staatlich garantierte Einnahmen in Millionenhöhe** generiert werden – ganz unabhängig von der tatsächlichen Windleistung.

## **Vom Naturraum zur Industriefläche**

Der Wald, den Herman erworben hat, ist bislang ein Rückzugsort für Mensch und Tier. Er ist Lebensraum für zahlreiche Tierarten, Brutstätte für Vögel und ein beliebtes Naherholungsgebiet. Doch statt diesen Raum zu schützen, soll er nun weichen – für eine Industrialisierung mit tonnenschweren Fundamenten, kilometerlangen Wegen und bis zu 250 Meter hohen Windkraftanlagen.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das ein schwer nachvollziehbarer Eingriff in ein intaktes Ökosystem – unter dem Deckmantel der Energiewende, aber mit klarem

wirtschaftlichem Eigeninteresse.

## **Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige**

Aus Sicht zahlreicher Anwohnerinnen und Anwohner wurde die Öffentlichkeit zu spät und nur unzureichend informiert. Kritiker sprechen davon, dass wesentliche Entscheidungen bereits getroffen waren, bevor die Bevölkerung überhaupt einbezogen wurde.

*„Erst als alles beschlossen war, hat man uns gesagt, was hier wirklich geplant ist.“*

Die wenigen Informationsveranstaltungen, die stattfanden, wurden von vielen als unzureichend wahrgenommen – Fragen seien nur unvollständig beantwortet worden, Kritik schnell abgewehrt worden. Der Eindruck: Hier werden Fakten geschaffen – und die Menschen vor Ort müssen sich damit abfinden.

## **V-Märkte: Ein Blick auf die Vergangenheit**

Ein Blick auf Hermans bisherige unternehmerische Tätigkeit wirft Fragen auf. Seine Supermarktkette „V-Markt“ wird auf Portalen wie Trustpilot und Trustedshops auffallend schlecht bewertet. Kritisiert werden unter anderem die Produktqualität, der Kundenservice und organisatorische Mängel. Auch ehemalige Mitarbeitende melden sich auf Plattformen wie Kununu zu Wort und berichten von problematischen Arbeitsbedingungen.

Die Frage drängt sich auf: Sollte jemand, der bereits in einem überschaubaren Bereich wie dem Einzelhandel erhebliche Kritik auf sich zieht, wirklich ein komplexes Windkraftprojekt in einem sensiblen Naturraum verantworten?

## **Energiewende als Geschäftsmodell**

Natürlich brauchen wir erneuerbare Energien – darüber herrscht weitgehend Konsens. Doch wenn Klimaschutz dazu führt, dass

Wälder gerodet, Tiere verdrängt und Menschen belastet werden, stellt sich die Frage: Dient dieses Projekt wirklich dem Gemeinwohl – oder vor allem den wirtschaftlichen Interessen einzelner Investoren?

*„Es geht hier nicht um Nachhaltigkeit, sondern um Rendite. Der Klimaschutz wird vorgeschoben – auf Kosten der Natur.“*

**Hinzu kommt die wirtschaftliche Belastung für die Anwohner: Windkraftanlagen in Wohnortnähe senken nachweislich den Immobilienwert.**

Laut dem [Bayerischen Energieatlas](#) können Einbußen beim Verkaufswert von bis zu **23 Prozent** die Folge sein – je nach Entfernung zur Anlage.

## **Wo bleibt die Kontrolle durch Politik und Behörden?**

Besonders besorgniserregend: Die politische Kontrolle scheint auszubleiben. Bisher sind kaum kritische Stimmen aus der Lokalpolitik zu hören. Umweltbehörden halten sich zurück. Für viele Bürger entsteht der Eindruck, dass hier wirtschaftliche Interessen stillschweigend über die Bedürfnisse der Bevölkerung und den Schutz der Natur gestellt werden.

## **Bürgerprotest als letzte Instanz**

In Geiselhöring formiert sich nun Widerstand. Bürgerinitiativen entstehen, Petitionen werden vorbereitet, Protestaktionen sind in Planung.

*„Wir kämpfen nicht gegen Windkraft – sondern gegen ein Projekt, das in seiner Ausgestaltung und Standortwahl völlig unverhältnismäßig ist.“*

Der Protest richtet sich nicht gegen den Fortschritt, sondern

gegen die Art und Weise, wie er durchgesetzt wird.

## **Fazit: Rücksichtslosigkeit im grünen Gewand**

Das Projekt in Geiselhöring zeigt beispielhaft, wie die Energiewende missbraucht werden kann – nicht als Instrument des Umweltschutzes, sondern als Geschäftsmodell. Horst Herman steht dabei sinnbildlich für eine Unternehmenskultur, in der Rendite oft Vorrang vor sozialer Verantwortung und ökologischem Bewusstsein hat.

Die Menschen in Geiselhöring aber sind entschlossen, sich zu wehren.

Denn eines ist klar: **Klimaschutz darf nicht zur Ausrede werden, um unternehmerische Interessen auf Kosten von Mensch und Natur durchzusetzen.**